



Der Minister

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, 40190 Düsseldorf

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

5. Januar 2012

Seite 1 von 7

Telefon 0211 871-3352

Telefax 0211 871-16-3352

„Neue Zelle rechter Gewalt in Bochum Langendreer?“

Kleine Anfrage Nr. 1315 der Abgeordneten Carina Gödecke (SPD);
Drucksache 15/3445

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales und dem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport wie folgt:

Vorbemerkung der Landesregierung

Die Landesregierung nimmt rechtsextremistische Straftaten sehr ernst. Die nachhaltige Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität-Rechts sowie des Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus ist ein Aufgabenschwerpunkt der Sicherheitsbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen. Die wesentlichen Maßnahmen hierzu sind in einem acht Punkte umfassenden Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus zusammengefasst. Alle Personen der rechtsextremistischen Szene werden konsequent aus der Anonymität geholt, der Kontrolldruck auf die rechte Szene wird verstärkt und der Ermittlungsdruck auf rechtsextremistische Straftäter gesteigert. Das Landeskriminalamt Nordrhein-

Haroldstr. 5, 40213 Düsseldorf
Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de



Der Minister

Seite 2 von 7

Westfalen richtet hierzu ein Kompetenzzentrum ein und Polizeipräsidien, in deren Bezirk spezifische Brennpunkte identifiziert werden, setzen entsprechende Sonderkommissionen ein. Insgesamt stehen durch Personalabzug in anderen Bereichen für diese Aufgabe 35 zusätzliche Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte zur Verfügung.

Darüber hinaus werden die präventiven Maßnahmen verstärkt und das Aussteigerprogramm ausgebaut. Zudem wird Nordrhein-Westfalen auf Bundesebene Initiativen starten, damit künftig alle Straftaten von Rechtsextremisten in der Polizeilichen Kriminalstatistik ausgewiesen werden und durch eine Änderung des Waffengesetzes die Beteiligung des Verfassungsschutzes an allen waffenrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungen sichergestellt wird.

1. Welche politisch motivierten Straftaten wurden im Jahr 2011 in Bochum registriert?

Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen hat auf der Grundlage des 2001 von der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder beschlossenen Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ im Zeitraum 1.1.2011 bis 6.12.2011 für Bochum 209 politisch motivierte Straftaten erfasst.

Eine detaillierte Darstellung der Straftaten ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

C:\Users\idhoehn\AppData\Local\Microsoft\Windows\Temporary Internet Files\Content.Outlook\9M323523\2012-01-05_Antwort_KleineAnfrage1315.doc



Der Minister

Seite 3 von 7

	Politisch motivierte Ausländerkriminalität	PMK- Links	PMK- Rechts	PMK- Sonstige/ Nicht zuzu- ordnen	Gesamt
Deliktgruppen	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Tötungsdelikte (einschließlich Versuche)	0	0	0	0	0
Branddelikte	0	1	0	1	2
Sprengstoffdelikte	0	0	0	0	0
Landfriedensbruchdelikte	0	0	0	0	0
Gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr etc.	0	1	0	0	1
Körperverletzungsdelikte	2	3	10	1	16
Widerstandshandlungen	0	0	1	0	1
Raub	0	0	0	0	0
Erpressung	0	0	0	0	0
Freiheitsberaubung	0	0	0	0	0
Sexualdelikte	0	0	0	0	0
Zwischensumme Gewaltdelikte	2	5	11	2	20
Bedrohungen/Nötigungen	0	1	3	0	4
Sachbeschädigungen	1	33	14	2	50
Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB	0	0	87	1	88
Volksverhetzungen	0	0	21	0	21
Störung des öffentlichen Frie- dens	0	1	0	1	2
Beleidigungen	0	8	8	1	17
Verstöße gegen das Vereinsge- setz	0	0	0	0	0
Verstöße gegen das Versamm- lungsgesetz	0	2	0	0	2
sonstige Straftaten	0	1	2	2	5
Summe Gesamt	3	51	146	9	209

Anfrage 1315.doc



Der Minister

2. Inwieweit sind die Vorgänge in Bochum Langendreer der Landesregierung bekannt?

Seite 4 von 7

Die Ereignisse in Bochum Langendreer sowie die dargestellten Straftaten sind der Landesregierung bekannt. Die polizeiliche Bearbeitung der Straftaten erfolgt durch das Polizeipräsidium Bochum.

Zu den in der Kleinen Anfrage genannten Vorfällen ist Folgendes festzustellen:

Brand in einer Pizzeria am 25.10.2011 in Bochum

Im Jahr 2011 wurden von dem iranischen Inhaber der Pizzeria fünf Sachverhalte (Sachbeschädigungen, Beleidigung, Bedrohung, Volksverhetzung) angezeigt, die von Mitgliedern einer im angrenzenden Haus wohnenden Familie begangen worden sein sollen. Einer der benannten Tatverdächtigen hat Bezüge zur rechten Szene.

Am 25.10.2011, gegen 00:00 Uhr, kam es zu einer Explosion und anschließend zu einem Brand in der Pizzeria. Es entstand erheblicher Sachschaden. Ermittlungen ergaben den Verdacht einer Fremdeinwirkung.

Noch in der Nacht des 25.10.2011 führte die Bochumer Polizei in Absprache mit der zuständigen Staatsanwaltschaft umfangreiche strafprozessuale Maßnahmen gegen Mitglieder der örtlichen rechten Szene durch (u. a. fünf vorläufige Festnahmen, Wohnungsdurchsuchungen, Alibiüberprüfungen, Spurensuche und -sicherung). Ein dringender Tatverdacht gegen eine bestimmte Person ergab sich bislang nicht. Alle Personen wurden im Anschluss entlassen.



Der Minister

Beleidigung am 14.11.2011

Seite 5 von 7

Am 14.11.2011 beleidigte der im vorstehenden Sachverhalt benannte Tatverdächtige drei Mädchen, darunter die Tochter einer Familie, mit der die Familie des Tatverdächtigen seit einer früheren Nachbarschaft im Streit liegt. Diese Streitigkeiten führten bereits in der Vergangenheit zu wechselseitig begangenen Straftaten. Wegen des Sachverhaltes vom 14.11.2011 wurde eine Strafanzeige wegen Beleidigung gefertigt.

Im Zuge der polizeilichen Fahndung wurde der Tatverdächtige an seiner Wohnanschrift angetroffen. Noch während der polizeilichen Maßnahmen erschienen Angehörige der Familie des Opfers am Einsatzort und bedrohten ihrerseits den Tatverdächtigen. Auch hierzu wurde eine Strafanzeige gefertigt.

3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die rechts-extreme Szene in Bochum Langendreer und ihre Verbindungen zu anderen neonazistischen Gruppierungen, insbesondere in Essen und Dortmund?

Die Beobachtung extremistischer Organisationen durch den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalens erfolgt nach grundgesetzkonformen kapazitätsangemessenen Maßstäben. Vor diesem Hintergrund priorisiert er seine Informationserhebung entsprechend der vorliegenden tatsächlichen Anhaltspunkte auch regional. Spezifische Aussagen über Vereine auf kommunaler Ebene sind daher nicht überall in gleicher Weise möglich. Sie würden Beobachtungsschwerpunkte des Verfassungsschutzes offenlegen. Deshalb können Erkenntnisse über die rechtsextremistische Szene in Bochum Langendreer, ihre Aktivitäten und Verbindungen nicht dargelegt werden.

C:\Users\chnehn\AppData\Local\Microsoft\Windows\Temporary Internet Files\Content.Outlook\9M323523\2012-01-05_Antwort_KleineAnfrage1315.doc



Der Minister

Seite 6 von 7

4. Überprüft die Landesregierung insbesondere auch vor dem Hintergrund der neuen Erkenntnisse über Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik die polizeiliche Einordnung der oben genannten Vorfälle als Nachbarschaftsstreitigkeiten?

Die Polizei hat zu den Vorfällen vom 25.10.2011 und 14.11.2011 wegen des Verdachts von Straftaten ermittelt. Dabei sind die Ermittlungen zu den Straftaten wegen einer nicht auszuschließenden politischen Motivation der Tatverdächtigen auch durch die Kriminalinspektion Polizeilicher Staatsschutz des PP Bochum geführt worden.

Die Landesregierung hat daher keinen Anlass zu einer weitergehenden Prüfung.

5. Wie wird die Landesregierung die engagierte Bevölkerung, Vereine und Verbände, Kirchen und Politik unterstützen, sich gegen die rechte Gewalt zu wehren und zu schützen?

Die Landesregierung wird ihre in den letzten Jahren erfolgreich betriebene Aufklärungsarbeit zum Thema Rechtsextremismus in enger Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen aus Pädagogik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft usw. fortführen und ggf. ausbauen. Hierzu gehören Fortbildungsreihen mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Jugend- und Kommunalkongresse sowie zielgruppengerechte Publikationen wie der Bildungscomic „Andi“, zu dem in Kürze eine mit Fachlehrkräften erarbeitete Handreichung für den Unterricht erscheinen wird. Zudem wird Anfang 2012 in Bochum Langendreer ein Vortrag zum Thema „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ durch einen Referenten des Verfassungsschutzes stattfinden.



Der Minister

Darüber hinaus hat das Polizeipräsidium Bochum bereits im Oktober und November 2011 die Streifentätigkeit verstärkt, um der Begehung rechtsmotivierter Straftaten im Stadtteil Langendreer entgegenzuwirken.

Seite 7 von 7

Im Weiteren initiiert das Polizeipräsidium Bochum die Einrichtung eines Runden Tisches in Bochum Langendreer. Dieser wird durch die bestehende Ordnungspartnerschaft mit der Stadt Bochum bei der vorbeugenden Bekämpfung des Rechtsextremismus vor Ort unterstützt. Der Runde Tisch soll die Aktivitäten von Kommunalverwaltung, Schule, Schulaufsicht, Jugendarbeit, Kirchen, Vereinen, politischen Parteien und Bürgerinitiativen nachhaltig vernetzen und bündeln.

Die Opferberatungsstelle der Stadt Dortmund „Back-Up“ steht mit der Initiative „Langendreer gegen Nazis“ in Verbindung und berät – bei Bedarf – Betroffene rechtsextremistischer Gewalt. Ferner ist die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“ des Regierungsbezirks Arnsberg, Gewalt Akademie Villigst, in die Sitzungen des Rundes Tisches eingebunden.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Jäger MdL

C:\Users\chnehn\AppData\Local\Microsoft\Windows\Temporary Internet Files\Content.Outlook\9M323523\2012-01-05_Antwort_KleineAnfrage1315.doc